

Die Tagespost - die-tagespost.de

URL: http://www.die-tagespost.de/2008/index.php?option=com_content&task=view&id=100062305&Itemid=1

EINE KONKRETE UTOPIE VON DER BESSEREN SCHULE

„Wir wollen nicht eine Schule für alle, sondern die richtige Schule für jeden.“ So verteidigten am Freitag die Kultusminister von Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen das dreigliedrige Schulsystem. Recht haben sie.

Von Johannes Seibel

Die Durchlässigkeit im Schulsystem von unten nach oben schafft ein Klima, in dem Aufstiegsmöglichkeiten die Schüler motivieren – und nicht demotivieren, weil sie von ihren Eltern zuerst aufs Gymnasium gezwungen wurden, dort scheiterten und sich lange als Versager fühlen.

Schulpolitik war in der Geschichte schon immer ein ideologisches Kampffeld gewesen – entgegen allen Beteuerungen, dass es sachlich allein um das Wohl des Kindes und die bestmögliche Bildung gehe. An Diktaturen lässt sich die ideologische Vereinnahmung von Erziehung einfach darstellen – jedoch auch in Demokratien werden Schulen zu Orten, an denen mehr als Schüler und Bildung auf dem Spiel stehen, nämlich Weltanschauungen.

In der Demokratie etwa steht immer die Leitidee der Gleichheit mit auf dem Spiel, heute in erster Linie die der Chancengleichheit. Die weltanschauliche Idee der Gleichheit konkretisiert sich für eher linksorientierte Demokraten von den Grünen bis zu den Sozialdemokraten in der Gemeinschaftsschule oder Gesamtschule. Sie werfen dem gegliederten Schulsystem einen Auslesedruck vor, der die Ungleichheit der Startbedingungen der Kinder zu Beginn ihrer Schulkarriere zementiere. Wer aus einem finanziell gut ausgestatteten und gebildeten Elternhaus komme, habe eben bessere Aussichten, Abitur zu machen, als das Kind, dessen Eltern Hartz IV-Empfänger oder Ausländer sind. So würden gesellschaftliche Unterschiede gleichsam vererbt und die Gesellschaft drohe sich immer nachhaltiger zu spalten. Empirische Studien, die dies belegen wollen, gibt es zuhauf. Eine zum Beispiel auf sechs Jahre angelegte Gemeinschaftsschule, die längeres gemeinsames Lernen als die aktuelle vierjährige Grundschule erlaube, könne dagegen die ungleichen Startbedingungen der Kinder wettmachen und jedes Kind nach sechs Jahren gemeinsamen Unterrichtes ohne Unterschied der Herkunft so weit bringen, dass es eine Schulkarriere starten kann, die zu Mittlerer Reife oder Abitur führt, sagen die Befürworter der Gemeinschaftsschule. Dass sie in ihren Begründungen natürlich auch den utopischen Ballast der Kollektive als Organisationsprinzip des besseren Lebens mitschleppen, wird nicht eigens thematisiert, bleibt aber virulent. Die Verantwortung für den Schulerfolg wird der Schule, also dem Staat, zu größeren Teilen als den Eltern und Kindern selbst zugeschrieben. Die demokratische Idee der Gleichheit aller Menschen soll dadurch verwirklicht werden, dass alle Kinder die gleiche Schule besuchen, dadurch ein Solidargefühl kennenlernen und entwickeln, indem zu Anfang nicht zwischen guten und schlechten Schülern unterschieden wird, also nicht Konkurrenz das erste Prinzip sein soll, das den Menschen prägt. Schule wird so als ein besserer Ort im Kleinen, als eine konkrete Utopie, wie das im Jargon der Linken heißt, überhöht.

Denn wer Schule allein noch unter dem egalitären Erfolgskriterium beurteilt, möglichst viele Schüler mit dem möglichst geringsten Zeit- und Reibungsverlust auf das möglichst gleiche Niveau der Hochschulreife zu bringen – und wer Schule zu einem höchstperfektionierten Bildungs-

Erziehungs-, Integrations-, und gesellschaftlichen Reparaturbetrieb machen will, der möglichst effizient und technisch standardisiert soziale Gleichheit produzieren soll, der läuft Gefahr, eben genau das Gegenteil zu erreichen.

Dagegen soll an dieser Stelle der traditionelle Schulansatz in der Bundesrepublik als der bessere verteidigt werden, der die Prinzipien der katholischen Soziallehre von Solidarität und Subsidiarität sowie das Leistungsprinzip wesentlich vernünftiger und mit mehr Chancengerechtigkeit miteinander in Einklang bringen kann als alle Gemeinschaftsschulmodelle, gleichsam eine andere (vielleicht christliche?) konkrete Utopie – ein Lob also auf das dreigliedrige durchlässige Schulsystem mit einer vierjährigen Grundschule und daran anschließender Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Womit gleichzeitig auch ein Lob gesungen werden soll auf die krummen Lebenswege, auf die Lebenskrisen, die den Erfolg des Einzelnen in dieser Gesellschaft eben nicht nur verhindern, sondern ihn geradezu befördern kann. Das Wissen um die Unperfektheit des Menschen, und damit der Schule, sowie aller, die dort lernen und lehren, ist ein verteidigungswertes Humanum.

Oder anders gefragt: Was spricht dagegen, wenn Schule in Deutschland folgendermaßen funktionieren könnte und alle Beteiligten zu folgenden Übereinkünften kämen? Die Eltern entwickeln einen neuen Realismus für die Fähigkeiten ihrer Kinder und definieren nicht schon mit der Geburt ihres Kindes das Abitur als ein Ziel, dessen Erreichen der Staat zu garantieren hat. Die Eltern richten die Planung der Schullaufbahn vielmehr nach dem Können und Wollen ihrer Sprösslinge aus. Die Eltern vertrauen auf die Laufbahnempfehlung ihres Grundschullehrers, und schicken das Kind nach vier Jahren zunächst auf die Schule, die für das Kind in seinem je individuellen Entwicklungsstand der Einschätzung der Pädagogen nach angemessen ist. Wer dann in der fünften und sechsten Klasse der Hauptschule gute Leistungen bringt, sich also etwas später als andere entwickelt, soll die Möglichkeit haben, auf die Realschule oder auch auf das Gymnasium zu wechseln. Und er soll als Hauptschüler auch die Möglichkeit des zehnten Schuljahres und damit der Mittleren Reife haben.

Ein Aufstieg in eine höhere Schulform ist weitaus motivierender als ein Wechsel vom Gymnasium der siebten, achten oder neunten Klasse in die Realschule oder Hauptschule, nachdem das Kind seit dem fünften Schuljahr zum Gymnasiumsbesuch von den Eltern gezwungen war, obwohl es nicht die Voraussetzungen mitbrachte. Eltern können durch falsche Einschätzung ihrer Kinder und zu großem eigenen Ehrgeiz Schulfrust auslösen, der ein ganzes Leben begleiten kann. Wer dagegen Stärken und Schwächen seines Kindes nüchtern abwägt, und die Wertschätzung des Kindes nicht zuerst von schulisch relevanten Eigenschaften abhängig macht, kann ihm Erfolgserlebnisse ermöglichen, wenn es den Aufstieg von Haupt- oder Realschule zum Gymnasium schafft. Auch nach der Pubertät – sprich heute nach der zehnten Klasse – entwickeln Jugendliche oft ein anderes Verhältnis zu Schule und Leistung. Wer dann von der Realschule in die gymnasiale Oberstufe übertreten, und das eher naturwissenschaftlich, informationswissenschaftlich oder kaufmännisch orientierte Realschul-Profil dort ausbauen darf, kann beste Grundlage für den späteren Beruf legen. Auch hier: Durchlässigkeit von unten nach oben ist das A und O. Das Gefühl des Aufstiegs, das dieses Modell bietet, kann die gesamte Gesellschaft ergreifen und zu einem Lebensgefühl werden – wie es etwa die Bundesrepublik der siebziger und achtziger Jahre ausgezeichnet hat, in der gerade in den Bundesländern, in denen die Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems gegeben war, sehr viele Kinder aus Arbeiterfamilien via Haupt- und Realschule und dann Übertritt in die gymnasiale Oberstufe den Weg sowohl in akademische wie pädagogische wie Ingenieursberufe gefunden hat.

Und wer, aus welchen Gründen auch immer, in der Schule nicht zurechtgekommen ist, in der Ausbildung scheiterte, oder wer mit seinem Job unzufrieden ist, den kann es mit 20, 25, ja 30 Jahren noch einmal packen, den Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife oder das Abitur „nachzumachen“. Auch für ihn muss das Bildungssystem von Berufsgrundschuljahren bis zur Abendschule die Möglichkeit vorhalten, im Bildungsabschluss aufzusteigen – was heute ja zum Glück möglich ist. Aber auch hier kommt vieles, wenn nicht alles auf die Durchlässigkeit der Systeme für den je einzelnen jungen Menschen und seinen je einzelnen Fähigkeiten zu einem bestimmten Zeitpunkt an. Dass dies möglich bleibt, dafür braucht es ein differenziertes, von unten nach oben durchlässiges Schulsystem und eben keine Gemeinschaftsschule.

Wobei selbstverständlich das dreigliedrige Schulsystem an die Gesellschaft hohe Anforderungen stellt – die Eltern sind schon erwähnt. Dazu gehören aber auch die Lehrer, die zu jeder Zeit den Eltern plausibel erklären können sollen, warum welche Schulform zum jeweiligen Zeitpunkt die geeignetste ist. Die Lehrer müssen ihre Schüler beobachten, wann bei wem Entwicklungssprünge einsetzen, die ihn für eine höhere Schulform qualifizieren. Und sie müssen sich anbahnende Krisen der Schüler erkennen, um frühzeitig intervenieren zu können. Die Kommunikation zwischen Lehrern und Eltern ist im dreigliedrigen Schulsystem anspruchsvoll. Wie bei den Eltern, so darf jedoch auch bei den Lehrern der schulische Erfolg nicht der alleinige Gradmesser der menschlichen Wertschätzung des Kindes abgeben – eine Binsenweisheit, aber heute in der globalisierten Leistungsgesellschaft schwer zu leben.

Weshalb neben der Durchlässigkeit von unten nach oben der Systeme ein weiteres für das Gelingen des dreigliedrigen Schulsystems notwendig ist: Eine Neubesinnung aller in der Gesellschaft, was sie unter dem Erfolg eines Menschen heute verstehen. Die Geringschätzung beispielsweise mancher handwerklicher, pflegerischer oder auch der unqualifizierten Arbeit erzeugt eben mit dem Druck, ein Kind möglichst früh auf gymnasiale Gleise zu setzen. Menschen dagegen in ihren unterschiedlichen Begabungen und in ihren unterschiedlichen Lebenswegen anzuerkennen, und den Hilfsarbeiter im Lager des Discounters, die Fleischerfachverkäuferin, den Verwaltungsangestellten und den Ingenieur als gleich wertvoll für unsere Gesellschaft zu erachten, ist eine andere Qualität von Gleichheit als die Gleichheit, die die Gemeinschaftsschule produzieren will.

Wenn ein junger Mann heute zum Beispiel, den seine Eltern gerne auf dem Gymnasium gesehen hätten, in der Realschule zum zweiten Mal droht, die achte Klasse nicht zu schaffen, dann muss er unbürokratisch auf die Hauptschule können, um dort seinen Hauptschulabschluss zu machen. Und wenn dieser Schüler etwa Koch werden möchte, was seine Eltern eher mit Kopfschütteln quittieren, dann muss er die Möglichkeit haben, selbst wenn er die Hauptschule nicht erfolgreich abschließen konnte, über ein Berufsgrundschuljahr und über ein Praktikum einen Ausbildungsplatz als Koch zu bekommen. Auch hier ist Durchlässigkeit von unten nach oben und zwischen den Systemen mit das wichtigste bildungspolitische Instrument.

Dafür aber braucht es schließlich Arbeitgeber, die nicht allein nach Schulabschluss und Noten einstellen, sondern es einfach einmal auch mit denen probieren, die auf den ersten Blick als schwierig gelten – auch sie können an einen Punkt kommen, an dem ihre Entwicklung plötzlich einen geraden Weg nimmt. Wer heute mit Arbeitgebern spricht, die Familienbetriebe oder kleine und mittelständische Unternehmen führen, so klagen zwar auch die über schlecht ausgebildete Ausbildungsanwärter, aber sie schildern durchaus Erfahrungen, dass, wenn sie nicht nach Noten urteilen, sondern den einzelnen jungen Menschen sich in der Praxis erproben lassen, Überraschungen möglich sind und gute Arbeitskräfte entdeckt werden. Auch hier ist Chancengleichheit nicht eine Frage der staatlichen Garantie, sondern schlichten

zwischenmenschlichen Anstands und eines guten Menschenverstands – denn auch die sind Grundlagen für den Erfolg des dreigliedrigen Schulsystems.

Soweit also die Skizze einer konkreten Utopie des dreigliedrigen Schulsystems, die dann Wirklichkeit werden kann, wenn Realismus bei Eltern und Lehrern gegenüber den Fähigkeiten und dem jeweiligen Entwicklungsstand des Schülers verbunden sind mit einem gegenseitigen Vertrauen, mit der Durchlässigkeit des Bildungssystems von unten nach oben und mit der gesellschaftlichen Wertschätzung aller Bildungsabschlüsse, beruflichen Tätigkeiten und Werdegängen.

Schließlich und letztlich: Den Menschen in seiner je individuellen Unterschiedenheit, Eigenart und in seiner Unperfektheit anzuerkennen, das verbürgt die Gleichheit des Menschen und Bürgers in seiner Würde, deren Anerkennung nicht abhängig gemacht werden darf von Erfolg, Einkommen und sozialem Prestige. Vielleicht deshalb ist das dreigliedrige Schulsystem weltanschaulich wesentlich anspruchsvoller als die Idee der Produktion von Gleichheit durch Bildung in der Gemeinschaftsschule – und umstrittener.